



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 20. Jänner 2022

von

Klubobmann GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Nachhaltige, zukunftsorientierte und transparente Grundstücksvorsorge im Haus Graz

Wir alle wissen, dass die Stadt Graz und ebenso die Gemeinden rund um Graz seit Jahren sehr stark wachsen. Das betrifft nicht nur die Wohnbevölkerung, Graz und sein Umland wachsen auch als Wirtschaftsstandort und als Arbeitsmarkt überdurchschnittlich stark und kontinuierlich. Diese Entwicklung hat sehr viele positive Auswirkungen, genannt sei hier die Bedeutung von Graz als Ausbildungs-, Schul- und Hochschulstandort. Dieses dynamische Wachstum fordert die Stadt und die Umlandgemeinden aber auch in vielen Bereichen und stellt die Kommunen im Zentralraum vor große Herausforderungen. So ist es für Graz und für die umliegenden Gemeinden kein Leichtes, die notwendige Infrastruktur nachhaltig, menschengerecht, klima- und umweltverträglich und zeitnahe herzustellen.

Eine stadtverträgliche und ökologische Infrastruktur ist vor allem dann nicht einfach zu stemmen und zu finanzieren, wenn Kommunalpolitik dabei neue Wege im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit gehen will und nicht weiter auf immer neue Straßen mit noch mehr Autoverkehr, auf weitere flächige Verdichtung, auf noch mehr Bodenversiegelung und ungebremsten Flächenfraß setzen will. Mit einer immer ungehemmter in die Fläche ausrinnenden Kernstadt und Suburbia-Region wird auch die Veränderung des Modal Split zu einem noch größeren Kraftakt, da auch für bisher unbebaute Flächen ein qualitätsvolles ÖV-Angebot und eine leistungsfähige Radfahr-Infrastruktur herzustellen sind.

Darüber hinaus ist es angesichts der Klimakrise für eine baulich stark genutzte und somit flächig betonierete und asphaltierte Stadtregion von zentraler Bedeutung, möglichst viele kühlende und unversiegelte Flächen zu erhalten und Acker- und Wiesenböden als Versickerungsflächen und als kühlende Inseln zu bewahren.

Schließlich haben unbebaute Reserveflächen - auch wenn sie möglicherweise bereits eine Gewerbe- oder sonstige Baulandwidmung erhalten haben - eine weitere wichtige Funktion: Sie sind als Reserveflächen erforderlich, um zukünftig notwendige kommunalpolitische Infrastruktur errichten zu können. Als Stadt und als Gemeinderat dafür nicht Vorsorge zu treffen, wäre eine fahrlässige und zukunftsvergessene Politik.

Ein weitblickendes und vorausschauendes städtisches Flächenvorsorge- und Grundstücksmanagement ist daher von ebenso großer Bedeutung wie eine zukunftsorientierte Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik. Daher ist es unverständlich, dass es offenbar im 'Haus Graz' ein lautstarkes - da mehrfach medial verkündetes - Überlegen und Planen für eine kurzfristige Verwertung und ein Veräußern von Flächenreserven gibt. Es geht dabei um Flächen, die derzeit unbebaute grüne Wiese und somit für die Stadt sehr wertvoll sind. So wertvoll, dass diese Flächen für einen, „schon-wieder-auf-eine-grüne-Wiese-gestellten“ Business Park mit Flughafen- und Autobahnanschluss viel zu schade wären.

Ich plädiere daher für ein nachhaltiges, zukunftsorientiertes und auch gegenüber den nächsten Generationen verantwortungsvolles Flächen- und Grundstücksmanagement im Haus Graz. Die Bewahrung von Flächenreserven und von fruchtbaren Ackerböden für die nächsten Jahrzehnte sollte dem Gemeinderat, dem Stadtsenat und den leitenden Bediensteten im Haus Graz Anliegen und Auftrag sein. Mehr Auftrag als das schnelle, aber nicht generationengerechte Schließen von eventuell auftretenden Finanzierungslücken bei Gesellschaften oder das Schönen von Pandemie-bedingt schwächelnden GmbH-Bilanzen.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz bekennt sich zum Erhalt des städtischen Eigentums, insbesondere zur mittel- und langfristigen Flächensicherung und zum Halten von bebauten und unbebauten Flächenreserven für die nächsten Generationen.
2. Der Gemeinderat ersucht alle Mitglieder des Stadtsenats in ihren direkten und indirekten Einflussbereichen (z.B. Haus Graz) dafür Sorge zu tragen, dass keine diesem Beschluss widersprechenden Grundstücksveräußerungen und -verwertungen ohne begleitende transparente politische Diskussion und Bewertung vorangetrieben werden.